



Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Schwarzwald -Baar

c/o Christian Kaiser
Im Störling 20
78166 Donaueschingen
Tel.: 0771/3466
Fax: 0771/15525
Email: Christian.Kaiser.GmbH@t-online.de

Donaueschingen, den 21. November 2005

Stellungnahme der Grünen Kreistagsfraktion des Schwarzwald-Baar-Kreises zum beantragten Entsorgungsnachweis der NAGRA vom 19.12.2002

Die "Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle" (NAGRA) hat bereits im Jahr 2002 den sogenannten „Entsorgungsnachweis“ publiziert, der die grundsätzliche Machbarkeit eines Endlagerkonzepts in der Schweiz nachweisen soll. Seit dem 12. September 2005 läuft jetzt die Offenlage der Gesuchsunterlagen für ein Schweizer Atommüll-Endlager.

Als wahrscheinliches Endlager für abgebrannte Brennelemente, hochradioaktive und langlebige mittelaktive Abfälle kristallisiert sich dabei das Gebiet um Benken bei Schaffhausen heraus. Dieser Standort liegt nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze und weniger als 20 km vom Schwarzwald-Baar-Kreis entfernt. Obwohl wiederholt versichert wurde, mit dem Entsorgungsnachweis sei noch keine definitive Standortentscheidung verbunden, muss diese Aussage angesichts verschiedenster Verlautbarungen und dem Tenor der bisher erstellten Gutachten angezweifelt werden.

Damit stellt sich für die Bevölkerung im Umfeld der geplanten Anlage nicht nur die Frage, ob die schadlose und dauerhafte Entsorgung der radioaktiven Abfälle vom Grundsatz her gesichert ist, sondern es gilt darüber hinaus auch eine Vielzahl lokaler Fragestellungen und unmittelbarer Auswirkungen auf die Region abzuklären. Aus Grüner Sicht ist es dabei vollkommen klar, dass von möglichen Beeinträchtigungen und Risiken sowohl die direkten Anwohner in der Schweiz als auch die Bevölkerung in Deutschland ganz massiv und ohne Unterschied betroffen sein würden. Weiterhin ist für uns die weitere Nutzung der Kernenergie sehr eng mit der Konzeption zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle verbunden. Wir sind dabei unter keinen Umständen bereit, ein mögliches Endlagerkonzept ohne definitiven Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergienutzung zu akzeptieren.

Selbst bei einer Einengung der Betrachtung auf rein technische Fragestellungen ist klar, dass eine ganze Reihe von Problemen bisher nicht geklärt werden konnten.

Dazu zählen beispielsweise

- Grundsätzliche Eignung des in Benken anstehenden Opalinustons (z.B. Tiefenlage und Mächtigkeit)
- Prognosen zum Korrosions- und zum Langzeitverhalten der Behälter
- Massnahmen zur Verminderung der Gasentwicklung
- genaue Berechnung der Auswirkungen von erhöhten Temperaturen und erhöhtem Druck auf die Lagerstätte bzw. das Gestein
- entsprechende chemisch-physikalische Wirkungen auf das Verfüll- bzw. Dichtungsmaterial etc.

Da diese Probleme auch teilweise von Schweizer Behördenseite so gesehen werden (=> KSA – Eidg. Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen), dürfte hierbei zweifellos weiterer Forschungsbedarf bestehen, bevor das Entsorgungskonzept endgültig entschieden und dann auch realisiert wird.

Aus unserer Sicht sind jedoch auch andere technische Fragestellungen nicht mit hinreichender Sicherheit abgeklärt, sei es die dauerhafte Sicherung der Lagerstätte vor Grundwasserzutritt, die Auswirkungen von radioaktiven Emissionen auf das lokale Umfeld, die Bewertung des Erdbebenrisikos bzw. der Erdbebensicherheit und vieles andere mehr.

Es kann auch keinesfalls darum gehen, lediglich in ingenieurwissenschaftlichen Kategorien zu argumentieren, da Sicherungszeiträume von vielen hunderttausend Jahren zu berücksichtigen sind. Angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den langfristigen Anforderungen an den sicheren Einschluss der hochgefährlichen Abfälle und der vergleichsweise kurzlebigen technischen Infrastruktur bewerten wir viele der Prognosen schlicht als Wunschdenken. Ganz grundsätzlich interpretieren wir es als abenteuerliches Unterfangen, auf Basis des heutigen Wissensstandes Sicherheitsgarantien für tausende von Jahren abgeben zu wollen.

Hinzu kommen im Fall einer Realisierung im Weinland sozioökonomische Veränderungen für die gesamte Grenzregion, Sicherheitsfragen bei Transport und Einlagerung der radioaktiven Abfälle und nicht zuletzt auch anderweitige Risiken z.B. im Hinblick auf terroristische Bedrohungen.

Zusammengefasst bedeutet dies:

- Wir fordern den Schweizer Bundesrat auf, den beantragten Entsorgungsnachweis abzulehnen.
- Sämtliche Teilaspekte der Entsorgung und insbesondere die derzeit noch offenen (Sicherheits)-Fragen müssen zunächst vollständig bearbeitet sein, bevor definitive Entscheidungen oder geografische Festlegungen getroffen werden.
- Dies bedeutet, dass es auf Basis des heutigen Sachstands keine Festlegung auf Benken oder das Zürcher Weinland geben darf.
- Weiterhin fordern wir den Schweizer Bundesrat und die politischen Gremien der Schweiz auf, sich schnellstmöglich und mit ganzer Kraft für einen Ausstieg aus der Kernenergienutzung einzusetzen. Die sofortige Mengenbegrenzung der hochaktiven Abfälle hat oberste Priorität. Jede andere Entscheidung erscheint uns – auch im Rahmen und vor dem Hintergrund des Sachplanverfahrens zum atomaren Endlager - unglaublich. Es dürfte klar sein, dass ohne Ausstieg beschluss die Durchsetzung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle politisch kaum möglich sein wird.
- Wir setzen auf gute Nachbarschaft, auf gegenseitige Information, auf Transparenz bei den Entscheidungen, auf absoluten Vorrang von Sicherheitsaspekten vor wirtschaftlichen oder sonstigen Überlegungen und nicht zuletzt auch auf eine gemeinsame grenzüberschreitende Energiepolitik im Bereich der regenerativen Energien, die dann zukünftig ohne derart schwer beherrschbare Problemstellungen angegangen und umgesetzt werden könnte.
- Wir erwarten im weiteren Verfahren transparente Informationen, die Mitwirkung unabhängiger Fachleute, faire Mitsprache und selbstverständlich „best practice“ bei allen anstehenden Entscheidungen. Wir versichern in diesem Zusammenhang der Bevölkerung und den politischen Gremien der Schweiz, dass wir diese strengen Maßstäbe mit Vehemenz auch weiterhin an die Entsorgung des deutschen Atommülls stellen werden.